

Alle Verkäufe nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Perrenstraße Nr. 20. In der Nähe der Post für den Raum einer sechsstelligen Postkarte 12 Sgr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei Feiertage.

Breslauer Zeitung.

N^o. 139. Dienstag den 20. Mai 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 9. Mai. Dem allgemeinen Vernehmen nach hat der Kriegsminister Orsini seine Entlassung eingebracht.
Moskau (in der Herzogin), 5. Mai. Mehrere Funktionäre, u. a. Mehemed Pascha, sind als des Briefwechsels mit den Insurgenten verdächtig arretirt worden. Der k. k. österreichische Botschafter ist hier und in Summa festlich empfangen worden.
Paris, 17. Mai. Spec. Rente 90,05, 3proc. 55, 80.
London, 17. Mai. Consoles 97 1/2.
Liverpool, 16. Mai. 6000 Ballen verkauft.
Triest, 18. Mai. Kasse niedriger. Pfeffer sehr flau, 20 bis 22 Gulden. Baumwolle, fast unverändert. Del, weichen. Süßfrüchte und Getreide, flau.

Uebersicht.

Breslau, 19. Mai. Heute passirten auf der Reise nach Warschau unsere Stabt: der Ministerpräsident v. Manteuffel, der preussische Bundesstabs-Gefandte v. Kochow und der bayerische Ministerpräsident v. d. Pfordten.
General v. Peucker, Mitglied der Bundescentralmission, soll von Frankfurt zurückberufen und anderweitig in der Armee angestellt werden.
Die Kreuzzeitung behauptet wiederholt und ausdrücklich, daß Rußland mit den künftigen Preußen und Oesterreich in Betreff der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten einverstanden sei.
In Königsberg ist der Friedensverein politisch geschlossen worden; ferner haben mehrere Hauskuchungen, wiewohl vergeblich, stattgefunden.
Die Preuß. Ztg. bestätigt und erweitert ihre frühere Nachricht in Bezug auf den Schluß der Dresdener Konferenzen. Man behauptet: die Arbeiten der Konferenzen als Material für die Verhandlungen zu Frankfurt zu benutzen. Ferner, daß jede Regierung zwei Kämpfe zu Frankfurt zu benutzen. Ferner, daß jede Regierung zwei Kämpfe zu Frankfurt zu benutzen. Ferner, daß jede Regierung zwei Kämpfe zu Frankfurt zu benutzen.
Die Kön. Ztg. macht uns mit einem Theile der Rede bekannt, welche der preuss. Bundesstabs-Gefandte v. Kochow am 14. in der Bundesstabsversammlung zu Frankfurt gehalten hat. Um Deutschland wieder ein Bundescentralorgan zu geben, erkenne Preußen den wieder erstandenen Bundesstabs in seinem Rechte bestehend an. In Dresden seien Vorbereitungen getroffen worden, um den Mängeln der Bundesverfassung abzuheben. Privatim soll General v. Kochow erklärt haben: Deutschland werde einig sein, wenn Preußen und Oesterreich es wären: er sei für den Eintritt von Gesamt-Oesterreich in den deutschen Bund.
Der König von Württemberg und General Radowicz sind in Baden angekommen.
In der Abgeordnetenkammer zu Stuttgart sind 3 Abgeordnete der Centrumpartei zu Kandidaten für den Vizepräsidenten gewählt worden. Diefelbe Kammer hat die Forderung der Regierung auf eine Steuererhöhung zurückgewiesen.
Die Reichsräthe zu München berathen fleißig das Notariatsgesetz und haben einige wesentliche Änderungen vorgenommen. Der Pfr.-Verkauf in der bayerischen Armee bleibt sistirt.
Die Abgeordnetenkammer zu Hannover ist am 16. Mai über den Protest der hiesigen Witterung zur Tagesordnung übergegangen.
Der Geburtstag des Königs (5. Juni) wird zu Hannover viele Feste feiern.
In Moskau im Mecklenburgischen ist es am 14. Mai zu einem heftigen Konflikt zwischen Militär und Civil gekommen. Bei einem Militär-Standposten stimmten Gendarmen die Marschälle an, worauf die Soldaten mit blanken Säbel einhieben.
Aus Hamburg wird uns berichtet, daß die Auswanderung so überhand nehme, daß sie mehr einer Völkerverwanderung gleiche.
In Hamburg haben jetzt die österreichischen Militärs scharf geladene Gewehre.
Die Behörden von Bremen haben dem Drängen des österreichischen Kabinetts nachgegeben und bedeutende Beschränkungen des Press- und Vereinsrechtes beschlossen. Bekanntlich meldeten vor Kurzem die Zeitungen, daß die österreichische Regierung gedroht haben solle, die Soldaten nach Bremen zu schicken, wenn der dortigen Presse nicht ein Zaun angelegt würde.
Unsere heutige Korrespondenz aus Kiel beleuchtet den neulich gemeldeten Angriff auf ein dänisches Dampfboot und das neueste dänische Amnestie-Patent. Aus letzterem geht hervor, daß die Amnestie sich in Nichts auflöst. In Glensborg ist am 15. Mai die Notabeln-Versammlung mit einer in dänischer Sprache gehaltenen Rede durch den landesberlischen Kommissar, Grafen Bille-Brabbe, eröffnet worden. Vorgelegt sind der Versammlung das bekannte Verfassungsprojekt in sieben Punkten und das Londoner Protokoll. Aus Kopenhagen gaben wir gestern nähere Mittheilungen über die Verhandlungen der Notabeln in Aussicht stellen will. Dahin gehört die beabsichtigte Amnestie, die Verlegung der Zollgrenze von der Eider an die Elbe und die Gleichberechtigung der beiden Landesparlamente auf Grundlage der gegenwärtig eingeführten Verhältnisse. Die Erbschaftsfrage soll, wie wir schon neulich berichteten, im Sinne des Londoner Protokolls erledigt werden.
Zu Paris lauten die Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise immer bestimmter. Das Kabinet besteht die Spaltung wegen des Wahlgesetzes vom 31. Mai fort. — Vergleichen ist die legitime Partei wegen der Revisionenfrage noch immer gespalten. — Aufreiste, weil das Ministerium den Präsidenten der Nationalversammlung (Lyon) mit außerordentlichen Vollmachten versehen wollte.
In Belgien ist eine Ministerkrise.
Die Infurrektion in Portugal ist noch nicht am Ziel. Sal-danha benimmt sich immer mehr als Diktator trotz aller Zugeständnisse. Man befürchtet, die Königin werde zur Abdankung genöthigt werden. Der König soll das Oberkommando über die Armee niedergelegt haben; Sal-danha will dasselbe übernehmen. — Bel-lungenenrichtigen stellen eine englische Intervention zu Gunsten der gegenwärtigen Herrscher-Königin in Portugal in Aussicht.
Der dänische außerordentliche Gesandte v. Pechlin ist in Warschau angekommen und am 16. nach Kopenhagen abgereist. Wahr-

scheinlich wird auch die schleswig-holsteinische Frage in Warschau in den Kreis der Besprechungen gezogen werden.
Die Verhandlungen mit der türkischen Regierung wegen der ungari-schen Flüchtlinge sind endlich zu einem Resultat gekommen. Der größere Theil derselben bis auf die Anführer (Kosjusz, Bathyanyi, Peregely, Meszaros u.) soll freigelassen werden. — Die Donaufürstenthümer werden durch eine russische Armee von 80,000 Mann in Bessarabien übermacht. — Die Differenzen zwischen der Pforte und dem Vizekönig von Egypten sind noch lange nicht ausgeglichen; in die Hauptforderung der türkischen Regierung: die ägyptische Armee von 30,000 Mann auf 18,000 Mann zu reduzieren, wird und kann der Vizekönig von Egypten nicht willigen, weil er sonst seine bisherige selbstständige Stellung gegenüber dem Sultan fast ganz aufgeben würde.
Der Kaiser von Oesterreich wird sich wahrscheinlich am 20. nach Olmütz begeben. Dort sollen, nach Angabe ministerieller Organe, großartige Manöver von fast 30,000 Mann stattfinden. — In Siebenbürgen herrscht Unzufriedenheit wegen der neuen Gerichtsordnung. — In Ungarn dauert die Unzufriedenheit fort. In zwei Komitaten haben sämtliche Beamte ihre Entlassung eingebracht. — Ueber Bakunin in Olmütz ist am 15. Mai das Urtheil gefällt worden, es lautet auf den Tod durch den Strang, wurde aber auf lebenslängliche schwere Kerkerhaft gemildert.
Breslau, 19. Mai.
Durch die öffentlichen Blätter geht das Gerücht, daß in den Zollkonferenzen in Wiesbaden ein neuer Zolltarif vereinbart sei, welcher in der Hauptsache den, von dem diesseitigen Gouverne-ment in Kassel gestellten Propositionen sich anschliesse. Diefem Gerüchte fehlt vorläufig nur eins, um bei allen Denen, welche für die Fortentwicklung der technischen Kultur Preußens und des ganzen Zollvereins Verständnis und Interesse haben, die frohen Hoffnungen zu erwecken, — nämlich: Zweckmäßigkeit. Die Kasser Zollvorschlüge begrüßten wir ihrer Zeit als das Bestreben, der zollvereinsländischen produzierenden und fabrizirenden Thätigkeit diejenige Basis zu geben, welche dieselbe nach ihrem zeitigen Standpunkte bedarf, um sich gedeihlich fortzuentwickeln. Diefem Werth legen wir auch heute noch diesem Zollprojekte bei, indem wir es nur noch als unsere Ansicht ausdrücken, daß der nach demselben den wichtigsten Industriezweigen gewährte Schutz so sehr das geringste Maß enthält, daß eine jede Verminderung des-selben verhindern würde, den Zweck zu erreichen, auf das Erste- und die Entfaltung einer eigenen großartigen und konkurrenzfähigen Industrie einzuwirken.
Um zu diesem Ziele zu gelangen, hat man in den Kasser Vorlagen an dem Prinzipie festgehalten, einerseits Rohprodukte und die zur Fabrikation dienenden Materialien theils ganz von Eingangs-Zöllen zu befreien, theils theilweise niedrig zu besteuern; — andererseits aber die Zölle auf Fabrikate je nach dem Zustande der heimischen Industrie dem vorhin ausgesprochenen Zwecke an-gemessen und in dem Sinne zu normiren, das vorerwähnte, ein größeres Maß von Arbeit zu seiner Herstellung erfordernde In-dustrie-Erzeugnisse höher zu belasten, als das minder Werthvolle.
Es sind diese Maßnahmen, nach denen Großbritannien seine kolossale Industrie groß gezogen hat und noch heute behandelte, — Prinzipien, von denen unseres Erachtens nirgends abgewichen werden darf, wo es sich darum handelt, die materiellen Kräfte eines Landes Angesichts der ausgebildeteren Industrie anderer Staaten vollständig zu entwickeln. Diefenigen, welche behaupten, daß Großbritannien zur Zeit diese Prinzipien verlassen habe, lassen sich entweder durch den Schein betören oder ignoriren ab-sichtlich die wahre Sachlage, um bei Denen, welche selbst nur nach der oberflächlichen Erscheinung beurtheilen, ihren Interessen desto besser dienen zu können. Auf diese Frage soll indeffen hier nicht näher eingegangen werden.
Es sind aber in der Presse neuerdings die in Kassel gemach-ten und, wie es heißt, in Wiesbaden wieder aufgenommenen und allseitig acceptirten Propositionen so betrachtet worden, als wenn sie, insofern sie Herabsetzungen der bisherigen Zölle angeord-net, Konzeptionen an den Steuerverein, — und insofern sie Er-höhungen bisheriger Zollpositionen gebracht hätten, Zugeständnisse an die Zollvereins-Länder Oesterreichs enthielten. Diefes Auf-fassung und Darstellung der Verhältnisse soll hier entgegengetre-tet werden.
Wir haben es vorhin schon ausgesprochen, daß Zollfreiheit oder niedrigste Zollbelastung aller der Gewerbsthätigkeit zum Fun-damente dienenden Materialien eben so sehr ein Bedürfnis für die Entwicklung der technischen Kultur eines Staates sei, als eine nach der Höhe der Ausbildung der betreffenden Industrie-zweige und dem Grade der Verfeinerung des Fabrikats abgestufte Zollbelastung derselben. Diefem Prinzipie muß endlich auch in dem zollvereinsländischen Tarife Rechnung getragen werden. Daß dieses bisher nicht geschehen ist, daran krankt die heimische Industrie. Der zur Zeit bestehende Tarif macht den Eindruck der Zufälligkeit in seinen Anordnungen und läßt namentlich die Auffassung vernennen, daß die ganze Industrie eines Landes bei der Zollgesetzgebung in ihrer Totalität betrachtet werden muß, nach welcher keine Fabrikation gefordert dasthet, sondern eine in die andere eingreift und von ihr abhängig ist.
Es würde uns nicht schwer werden, an Beispielen zu erweisen, daß in einzelnen Fällen die Einfuhr von Rohmaterialien zur Ver-arbeitung innerhalb des Zollvereins an Zöllen nahezu eben so hoch zu stehen kommt, als wenn das fertige Fabrikat eingeführt wird. Industrie-Branchen, in denen dergleichen und ähnliches vorkommt, bleiben natürlich der heimischen Gewerbsthätigkeit verschlossen. Dagegen handelt der Engländer anders. Seine ganze Gesetzge-bung ist darauf gerichtet, Arbeit zu schaffen. Sei diese nun ge-ring oder groß, stets wird sie mit gleicher Liebe und Sorgfalt gepflegt. Und dahin müssen auch wir kommen.
Andererseits ist es bekannt, daß unser Zolltarif in manchen Industriezweigen nur die minder veredelten und weniger kostba-ren Erzeugnisse ausreichend schützt, während gerade der Zoll auf die edleren Fabrikate oft nur als nominell und ganz unausläng-lich betrachtet werden muß. Diefes Verhältniß hat unserer In-dustrie unendlich geschadet, indem sie sich auf Erzeugung der we-niger veredelten Fabrikate beschränkt sah, und die Herstellung der kostbareren Artikel, bei welcher namentlich der Arbeiter das meiste verdienen konnte, dem Auslande überlassen mußte.

An solchen und manchen anderen Gebrechen leidet unser Zoll-tarif. Sie zu entfernen, muß das Bestreben einer neuen Zoll-gesetzgebung sein. Setzt diese daher Fabrikations-Materialien im Zolle herab und erhöht sie die Zölle auf Fabrikate, so kann von Zugeständnissen an den Steuerverein oder an Oesterreich zunächst nicht die Rede sein. Sie thut vielmehr nur das, was aus innerer Nothwendigkeit für die Hebung der technischen Kultur der zollverbundenen Staaten geschehen muß und nicht abzuweisen ist.
Preußen.
Berlin, 18. Mai. Se. Majestät der König haben aller-gnädigst geruht, dem geheimen Ober-Rechnungsrath v. Knoll den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife zu ver-leihen; und den Kreisrichter v. König zu Pless zum Direktor des Kreisgerichts zu Rohnitz zu ernennen.
Angelommen: Der Fürst v. Haffeld, von Trachenberg. Se. Excellenz der General-Lieutenant und erster Kommandant von Stettin, v. Hagen, von Stettin. — Abgereist: Se. Excellenz der herzoglich anhalt-berenburgische Staats-Minister, v. Schöckell, nach Bernburg.
C. B. Berlin, 18. Mai. [Tagesbericht.] Herr von Manteuffel begab sich heute Mittag in Folge des Befehls Ihrer Majestät der Königin nach Potsdam und wird um 3 Uhr hierher zurückkehren. Abends 11 Uhr tritt der Minister-Präsi-dent seine Reise nach Warschau an. (S. Provinzialzeitung.) Die Freifrau v. Manteuffel hat sich vor einigen Tagen nach der Lausitz begeben.
Der zum Konful für Smyrna ernannte Hr. Spiegelthal wird heute Abend an den Ort seiner Bestimmung abreisen.
Unter den Vorschlägen, die Preußen für die materiellen Interessen in Frankfurt vorlegen wird, dürfte ein allgemeines deutsches Patent- und Musterrecht-Gesetz die erste Stelle einnehmen.
Krotoschin, 16. Mai. [Militärisches.] Das zweite Bataillon des 11. Infanterie-Regiments, welches während eines Zeitraums von 10 Wochen hier garnisonierte, hat auf höhern Befehl gestern unsere Stadt verlassen und geht nach Posen, wo-selbst es den 20. d. M. eintrifft wird. Nachdem es heut früh morgens um 7 Uhr auf dem hiesigen Marktplatz aufmarschirt war, kettete der Bataillons-Chef, Oberstleutnant v. Rhein-baden, den zahlreich versammelten Einwohnern der Stadt Krotos-chin, den Bürgermeistern und die Stadtverordneten an der Spitze, so wie einem Theile der Behörden, für die freundliche und zu-vorkommende Aufnahme des Bataillons seinen aufrichtigen Dank ab, lobte das gegenwärtige gute Benehmen zwischen den Truppen und den Einwohnern, die mit bereitwilliger Aufopferung allerlei Art den Ersteren einen möglichst guten Garnisonort zu gewähren bemüht waren. Nachdem er das fernere Wohl der Stadt Krotos-chin ausgedrückt, stimmten die Truppen durch dreimaliges Hurrah freudig ein und erwiderte der Bürgermeister den Dank der Stadt durch ein dreimaliges Hoch auf das Wohlergehen des 2. Bataillons 11. Infanterie-Regiments, in welches die Einwoh-nerseits ihrerseits ebenfalls einstimmte. (Pos. Z.)
Deutschland.
Frankfurt, 15. Mai. [Bundesstag.] Noch im Laufe des gestrigen Tages hat ziemlich unerwartet eine Sitzung der gerade hier anwesenden Bundesstabs-Gefandten stattgefunden, in welcher General v. Kochow dem Bundes-Präsidenten seine Creditiv überreichte und in einer Ansprache die allgemeinen Grundzüge der von Preußen zu beobachtenden Politik erörterte. (S. gestr. Bresl. Ztg.) Man hat sich, u. A. von Seiten des bairischen Gefandten, sehr zufrieden über die Erklärungen des preussischen Gefandten geäußert, und man hofft — natürlich vom Standpunkte der Bundesstagspolitik aus — das Beste. So viel ist sicher, daß General v. Kochow sich mehrfach (doch nur pri-vatim) dahin ausgesprochen hat, „ein Deutschland sei nur mög-lich, wenn Oesterreich und Preußen einig seien, und daß, um dies offen zu erklären und die Demokratie niederzuhalten, die Aufnahme von Gesamt-Oesterreich unumgänglich geworden sei.“ Es liegt übrigens auf der Hand, daß für diejenigen, welche jetzt unsere Geschichte leiten, der Name Deutsch-land nur noch eine geographische Redensart ist, und daß ihnen diejenige Partei, welche nach einem staatlischen Deutsch-land trachtet, mit der demokratischen identisch ist. Trotz jener offenen Erklärungen v. Kochows dürfte die preussische Politik jedoch fürs Erste ihre temporisirende Haltung noch nicht ablegen. Freilich wird Alles darauf ankommen, welche Instruktionen der preussische Bundesstabs-Gefandte sich in Warschau holen wird. (Köln. Z.)
Baden, 13. Mai. Heute Abend ist Se. Majestät der Kö-nig von Württemberg unter dem Namen eines Grafen von Teck hier eingetroffen und in der für ihn bereit stehenden Woh-nung an der Sophienstraße abgestiegen.
München, 15. Mai. [Verschiedenes.] Die Kammer der Reichsräthe setzte in ihrer gestrigen Sitzung die Berathung des Notariatsgesetzes fort und gelangte bis zu Art. 38. Der Artikel 13 rief eine längere Debatte hervor und wurde wesent-lich geändert, die übrigen Artikel dagegen im Sinne des Geset-zeutwerfs angenommen. — Prinz Adalbert wird auf der Reise nach Norddeutschland von seinem Oheim, dem Prinzen Karl, begleitet werden. — Der angeordnete Pferdeverkauf ist sistirt worden, jedoch ist hieraus nicht zu folgern, daß die Maßregel der Reduzierung nicht ausgeführt werden soll. (Bair. Bl.)
Hannover, 17. Mai. [Stände. — Senf.] Die Nf. Z. behauptet, daß das Zerwürfniß Stüve's mit dem Ministerio jetzt eine vollständige Thatfache sei. Stüve's Bestreben gehe dahin, Bundesstabs-Gefandte zu werden. — Herr Rudolf Senf, in Göttingen geboren, ist, obgleich er allen Bedingungen entspricht, welche zur Gewährung des Aufenthalts erforderlich sind, aus der hiesigen Stadt politisch ausgewiesen worden.
Bremen, 16. Mai. [Reaktion.] Die Bürgerchaft hat vorgestern in ihrer geheimen Sitzung, wie man jetzt vernimmt, mit großer Majorität die vom Senate beantragten Maßregeln gegen die Pressefreiheit und gegen das Vereinsrecht genehmigt. Selbst eifrige Demokraten sollen für dieselben gestimmt haben. Der Gesichtspunkt, daß Bremen doch nicht im Stande sei, gegen das Andringen der deutschen Großmächte

seine verfassungsmäßigen Rechte zu behaupten, daß es sich viel-mehr bei einem solchen Versuche nur allen den Widerwärtigkei-ten aussetzen werde, welche andere deutsche Staaten, die ebenfalls in ihrem guten Rechte waren, von der Gewalt erdulden müßten, griffen durch. (S. f. N.)
Hamburg, 18. Mai. [Auswanderung. — Die Oesterreicher. — Industrie-Ausstellung.] Vorgestern sind von hier 6 Auswanderungsschiffe mit 1232 Personen abge-gangen — eine Zahl, wie sie bisher noch kaum in einem Mo-nate vorgekommen. Die Auswanderung ist auch hier fast zur Völkerverwanderung geworden. — Seit dem März haben hier die Oesterreicher vor aller Welt scharf. Einer deshalb befragenden Depu-tation hat v. Ledebisch geantwortet, daß seine Soldaten dies in einer jeden fremden Stadt zu thun pflegen, und wenn es bisher hier nicht geschehen, so ist dies dem guten Empfang seiner Truppen zuzuschreiben. Die Zuganwendung hieron ist leicht zu machen. — Ein Spezial-Katalog von den Ausstellungsgegen-ständen unseres Nordens soll gedruckt und gratis vertheilt wer-den. Da auch die Billigkeit, heißt es in der Bekanntmachung, bei der Preisvertheilung maßgebend ist, so ist auch der Preis, und zwar so, wie er an den Bezugsquellen ist, hinzuzufügen.
Kiel, 17. Mai. Drei Dinge nehmen jetzt die Aufmerk-samkeit unserer Bevölkerung in Anspruch. Es sind dies der Steinwurf nach einem dänischen Matrosen, die Notabeln-Versammlung und das Amnestiepatent. In Betreff des ersten Vorfalls müssen wir berichten, daß derselbe provocirt war. Die dänischen Matrosen des Postdampfschiffs „Eider“ hatten sich nämlich gegen einen unserer Seesoldaten, der, Däne von Geburt, im Kriege zu uns übergetreten war, anhaltend ehrenrühriger Aus-drücke bedient. Er gab zuletzt seinem Ingrimm durch einen Steinwurf Raum. Es wird erzählt, daß der Kapitän des Schiffs nicht nur diesen, sondern auch noch fremde unbetheiligte Steine gesammelt, mitgenommen und sie so dem Könige der Dänen auf Friedrichsborg gezeigt hätte. Indessen sind die Folgen dieses, je-denfalls bedauerlichen Vorfalls schon wieder abgemildert, wohl weniger unseres, als vielmehr des dänischen Nachtheils halber, denn der hiesige Industrieverein war schon im Begriffe, eigene Dampf-Schiffe nach dem Könige zu auszurüsten.
Ueber die Notabeln-Versammlung läßt sich jetzt noch nichts sagen: überdies ist und kann sie nie für die Streitfrage von irgend einem Gewicht sein, denn nur die eine der streiten-den Parteien hat sie willkürlich ernannt, nicht einmal gewählt. Was nun aber das Amnestiepatent betrifft, so ist in demselben die insularische Pöflichkeit der Dänen darin ausgedrückt, wie noch in keinem ihrer früheren Akte. Das Patent ist Alles, nur keine Amnestie. Zuerst schließt es die Häupter des Unbessigen, der Geistlichkeit, der Justiz, des Lehrstandes, zusammen 33 Per-sonen davon aus. Den Uebrigen ist alsdann eine der Natur ge-mäße Amnestie zuerkannt und noch überdies vorgeschriebene Petition zur Bedingung gemacht. Dies aber noch nicht genug. Die Petenten sollen sich in den Worten: „Ich wage es die Er-laubnis zu suchen, meinen Aufenthalt in Schleswig nehmen zu dürfen unter den Bedingungen, welche Ew. Majestät mir vorzu-schreiben geruhen werden, ihnen noch unbekannten Bedingungen im Voraus unterwerfen. Die Amnestie bedarf aber selbst der Amnestie, wenn man im Patente liest, daß gegen die Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr, wegen der politischen Vergehungen und Ver-brechen, deren sie sich schuldig gemacht haben, insofern sie von jetzt an sich wiederum eines ähnlichen Verhaltens schuldig machen sollten, die Anklage offenstehen soll. Da sie sich meistens so früher bloß der deutschen Gesinnung schuldig gemacht haben, so besagt der Satz nichts anders, als werdet Dänen, oder ihr werdet in Anklagestand versetzt. Wir haben mehrere der Betreffenden gesprochen, noch keinem von ihnen ist es eingefallen, auf den Grund dieses Patentes, das nur den deutschen Diplomaten Sand in die Augen streuen kann, einen Schritt zur Rückkehr zu thun.
Der Kiel-Altonaer Unterstufungsverein macht bekannt, daß er monatlich mit 18000 Mk. 1400 Scholern, 184 Beamte, 81 Geistliche, 58 Lehrer, 506 Militärpersonen, die anderen Ge-werbetreibenden unterstützt. Bisher hat er 122,188 Mk. veraus-sagt; außerdem hat er mit 14,408 Mk. 161 nach Amerika ver-gabt; der bekannte Sergeant Henne aus Breslau ist vor-hergekommen mit dem Schiffe „Gutenberg“ nach New-York abge-fahren; er ruft uns für die seiner Tapferkeit gezollten 1450 Mk. seinen Dank nach.
Oesterreich.
**** Wien, 18. Mai.** [Finanzielles. — Die Reise des Kaisers.] Das „Reichsgesetzblatt“ bringt heute ein hoch-wichtiges kaiserliches Patent, die erste Frucht der künftigen über die Anträge des Herrn Finanzministers begonnenen reichs-räthlichen Verhandlungen. Fürs Erste wird die feierliche Erklärung abgegeben, daß das im Umlaufe befindliche Zwangsstaatspapier-geld in keinem Falle über den Betrag von 200 Millionen hin-aus vermehrt werden solle. Bekanntlich zirkulirt es jetzt in einem Betrage von 160—170 Millionen Gulden. Sollten daher die laufenden Staatsbedürfnisse noch eine Vermehrung desselben nothwendig machen, so wird dieselbe doch eine so mäßige sein, daß sie den Verkehr sicherlich in keiner Weise beengen wird. Das kaiserliche Patent enthält die Versicherung, daß die Periode glücklich überwunden ist, wo es nothwendig war, zu dem außerordentlichen Mittel der Emission von Papier-geld zu greifen. Eben deshalb hat es auch das allgemeine Vertrauen und die Zuversicht der Bevölkerung erweckt, und Jedermann fühlt, daß die Zeit herangekommen ist, wo es auch möglich sein wird, an die unter Einem zugesagte Reduktion des Staatspapiergeldes zu gehen. Mit welchen Mitteln und in welchem Umfange diese zu bewerkstelligen wäre, darüber findet sich in dem kaiserlichen Patente vor der Hand keine Andeutung. Die Abreise des Kaisers wird in den ersten Tagen der kom-menden Woche erfolgen. In Olmütz wird Se. Majestät einen Tag verweilen und sich sodann nach Galizien — man nennt Krakau — begeben, um dort mit dem Kaiser von Rußland und dem Könige von Preußen zusammenzutreffen. Von Krakau wird Se. Majestät der Kaiser mit seinen beiden hohen Gästen wieder nach Olmütz zurückkehren, wo die großartigen Truppen-Manöver auf der Raimlauber Heide in Gegenwart der drei Monarchen stattfinden werden. Der Hr. Ministerpräsident

Fürst Schwarzenberg begleitet den Kaiser während dieser Reise. — Dem Fürstlichen Hofe wird der Vater Sr. Majestät des Kaisers, Sr. k. k. Hoheit Erzherzog Franz Karl, allerhöchstenfalls der Kaiserin, Sr. k. k. Hoheit Kaiserin Elisabeth, Sr. k. k. Hoheit des Prinzen Erzherzog Ferdinand Maximilian hat sich seit seiner Rückkehr aus Triest derart begeben, daß der Prinz schon Montags bei der militärischen Parade öffentlich erscheinen wird. — Sr. k. k. Hoheit Erzherzog Johann wird sich von Meran nach dem Wildbade Gastein begeben, und dort einige Wochen verweilen, Johann aber abwechselnd in Grätz und auf seinem Gute Brandhof verweilen. (Kloyd.)

* Se. Majestät der König von Preußen ist mit Allerhöchster Suite am 17. l. M., Morgens um halb 9 Uhr, in Szekowa eingetroffen, wurde also von den Krakauer Civil- und Militärbehörden begrüßt und hat unmittelbar hierauf die Reise über Maczki nach Warschau fortgesetzt.

C. H. Prag, 16. Mai. [Tagesbericht.] Ihnen aus unserer Metropole Neuigkeiten von Wichtigkeit und rein politischer Natur zu melden ist so ziemlich nicht möglich; es herrscht hier sehr ein passives Leben. Die vor einigen Tagen veröffentlichten Urtheile der Militär-Untersuchungs-Kommission, von denen 3 auf den Tod durch den Strang lauteten, aber gemildert wurden, erregten einige Theilnahme. Die Verurtheilten gehörten nicht zu den eigentlichen Maigefangenen, und wurden erst viel später in Folge der Verhöre mit denselben gefänglich eingewogen. Die Urtheile sind ganz einfach und es verlautet nichts über den näheren Sachverhalt. Zwei Jahre sind nun vorüber seit am Morgen des 11. Mai der Belagerungsstand über Prag verhängt, seit die Maigefangenen verhaftet worden; aber bis jetzt sind sie nicht abgetheilt; bis jetzt verlautet nichts über den eigentlichen Charakter, der bereits in der Bindungsdruckschrift Proklamation geheimnisvoll erwähnten weiterverweigten Verschwörung. Bakunin ist von hier nach Dalmat gebracht worden, aber die Verhöre scheinen noch nicht mit ihm ganz geschlossen. Während allüberall in Deutschland, selbst in Ungarn, die Ältern über Verführer und Verführte bereits lange geschlossen sind, warten wir noch immer auf Licht. — Heute ist der Tag von Böhmens Landespatron Johann von Nepomuk, an welchem aus allen Gegenden Böhmens Wallfahrer und Fremde nach Prag strömen. Die Zahl derselben wird sich heuer auf 20–25,000 belaufen. — Die Prager Wirt wird in den l. Appartements ganz neu hergerichtet und mobilisiert; der sicherste Beweis, daß Kaiser Ferdinand seinen bleibenden Wohnsitz hier nehmen und nicht, wie verlautete, nach Wien übersiedeln werde. — Aufsehen in gewissen Kreisen erregt das Verbot der „Deutschen Zeitung a. B.“ eines Finanzartikels wegen. Dies Blatt, mit und durch das deutsche Kasino entstanden, vertrat entschieden deutsche Interessen und vorzüglich war es mit ein Organ der Industralisten, welche dadurch bedeutend beeinträchtigt werden. Es war bereits im Herbst v. J. verboten, erhielt aber auf Verwendung der Herausgeber unter Versicherung des Redaktions- und Tendenzwechsels, erneuerte Koncession. Der damalige nominelle Redakteur, J. Schindler, erhielt 8 Tage Haftstrafe; er wird streng gehalten und es darf Niemand mit ihm sprechen. So ist denn sowohl die deutsche wie die slavische politische Presse auf ein Minimum von ein Paar Zeitungen herabgedrückt, denn außer der offiziellen Prager Zeitung erscheint nur das Constitutionelle Blatt a. B. und endlich die offiziellen Prager Noviny. — Die radikale Opposition hat jetzt gar kein Organ, wenn wir Hanitzel's außer dem Belagerungs-Ranon (Kattenberg) erscheinen, im Lande viel verbreiteter Slovian ausnehmen; dieser ist aber rein czechisch und ganz antigermanisch; die deutsche Presse hat kein ähnliches Journal.

17. Mai. Das Dunkel, das seit längerer Zeit über den von hier nach Dalmat transportierten Bakunin herrscht, ist nun gelöst worden. Soeben erfahre ich, daß gestern folgendes Urteil publiziert worden ist: „Michael Bakunin aus Zorichof, Gouvernement Tver in Rußland, 1814 geboren, griechisch nicht unter Religion, wurde, bei vorhandenem gesellschaftlichen Habitus durch sein mit allen richterlichen Erfordernissen versehenes Gesinnungs-Überwiegen, wegen des Verbrechens des Hochverrats an dem österreichischen Kaiserthum, mittels kriegsgerichtlichen Urteils d. d. 15. Mai 1851 zum Tode durch den Strang verurtheilt, und schuldig erkannt, die Kosten der ganzen Untersuchung in solidum mit den übrigen strafbar erkannten Individuen dem Reimnalfonds zu ersetzen.“ Dieses Urteil wurde gerichtsbefähigt im Wege des Reichstags, im Wege der Gnade aber die Todesstrafe in lebenslänglichen schweren Kerker umgewandelt. Bakunin ist bereits, wie ich erfahre, von Dalmat weiter transportiert worden. (D. N. J.)

Warschau, 17. Mai. [Tagesbericht.] Se. Majestät der Kaiser hat sich gestern 12 Uhr Mittags, begleitet von dem General Feldmarschall Paskevitch-Elwanski, sich auf den Wladimirer Platz begeben, wo er die versammelten Truppen, bestehend aus Infanterie, Artillerie, Gensdarmen und der irregulären Reiterei, inspizierte. — Es sind ferner aus Petersburg hier eingetroffen: der wirkliche geheime Rath und Staatskanzler Graf Nesselrode, der General-Adjutant Bezuk, der geh. Rath Baron v. d. Osten-Sacken. Ferner aus Suwalki: der General der Kavallerie Sivers.

Frankreich. ** Paris, 16. Mai. [Tagesbericht.] In der Legislativen kam es heute ganz unerwartet zu einer tumultuösen Scene. Faucher brachte einen bereits vielbesprochenen Antrag auf die Tribüne, welcher darauf abzielte, dem Thron-Präsidenten eine außerordentliche Gewalt in der Art zu erteilen, wie sie der Polizei-Präsident von Paris besitzt. Sein Aufsichtsbereich wird sich über die Stadt Lyon, die angrenzenden Gemeinden und einige Städte des Ains und Jura-Departements erstrecken. Anfanglich erregte die Verlesung des Beschlusses keine besondere leidenschaftliche Bewegung; kaum aber war die Dringlichkeit (mit schwacher Majorität) zugestanden, so erhob sich Baudin in einer sehr heftigen Rede gegen die von dem Minister zur Motivierung seines Antrags vorgebrachten „Verleumdungen“. Dadurch ward ein Sturm erregt, wie er in der Legislatur lange Zeit nicht vorgekommen ist. Joly erhob eine Präjudizialfrage, indem er beantragte, daß das Gesetz über die Kommission für die Departemental-Organisation gebracht würde; indeß erklärte Herr v. Bismarck, Namens derselben, daß sie das Gesetz für ein transitorisches ansehe. So gelangt denn der Entwurf an die Bureau's. Die Linke ist aber deshalb sehr aufgebracht gegen die Legitimisten und erklärt, daß „diese Vertheidiger der Monarchie“ sich nunmehr hinlänglich demaskirt hätten.

Somit keine Neugierde von Bedeutung, außer daß der „Constitutionnel“ mit einem neuen Artikel gegen das Wahlgesetz vom 31. Mai zu Felde zieht. Nachdem darin dem Präsidenten der Republik die Annahme dieses Gesetzes zum Vorwurf gemacht worden, schließt er mit folgenden Worten: „Die National-Versammlung, sagt man, wird das Gesetz vom 31. Mai aufrecht erhalten und die Revision der Verfassung nicht vollziehen.“ So habe eine bessere Meinung von der Einsicht und dem Patriotismus unserer Repräsentanten. Sollten sie sich auch der Revision entziehen, so werden sie doch nicht anfechten, uns einen blutigen Zusammenstoß im Jahre 1852 und den Bürgerkrieg zu ersparen.“

Auch das „Journal des Debats“ läßt sich endlich auf die doppelte Frage wegen der Verfassungs-Revision und des Wahlgesetzes vom 31. Mai ein. Es fordert Lösung des Gesetzes vor Allem; Respekt vor dem Art. 111 der Verfassung, welcher eine Verfassungs-Revision nur zuläßt, wenn zwei Dritttheile der

Versammlung dafür seien — von der Majorität; aber dafür auch Respektierung des Wahlgesetzes vom 31. Mai, wenn es nicht etwa gesetzmäßig aufgehoben wird — von den Demokraten.

Die mit Prüfung des Baze'schen Antrags, den Zeitungsverkauf betreffend, beauftragte Unter-Kommission hat ihre Arbeit vollendet und den Antrag Baze's angenommen. Sie hat jedoch einen Artikel folgenden Inhalts eingeschoben: „Die im § 1 des vorhergehenden Artikels gedachten Zeitungen und periodischen Schriften dürfen nur im Zeitungs-Bureau, in den Buchhandlungen und in den Lesekabinetten verkauft werden.“

Das Kommissions-Mitglied Canet soll ein Amendement formuliren, um den Verkauf der Abendzeitungen in allen Schauspielhäusern gestattet zu erhalten. Vor Schluß der Debatte nahm die Kommission noch Kenntniß von der Anzahl der Pariser Lesekabinetten und Buchhandlungen. Hiernach besitzt Paris 801 Buchhandlungen oder Kabinetts; nämlich: 420 Buchhandlungen, 300 Lesekabinetts, wo man Zeitungen liest und 81 Kabinetts, wo man keine Zeitungen ausleiht.

Großbritannien. ** London, 16. Mai. [Die neuesten Nachrichten aus Portugal] gehen bis zum 10. d. M. Die Privatnachrichten der Times lassen einen friedlichen Ausgang erwarten, da die Führer aller Parteien gleichfalls sich vor einer Regentenschaft oder einer fremden Intervention fürchten. Die Krone scheint demnach der Königin bis zur Majorität ihres präsumtiven Erben, des Dom Pedro, gesichert zu sein. Dieser junge Prinz ist Oberst vom Regiment der Grenadiere der Königin und hat erklärt, daß er niemals wieder die Uniform eines Regiments tragen werde, welches seinen Vater im Stich gelassen habe. Uebrigens ist man ziemlich aufgebracht gegen die Krone, welche die Krone verabschiedet, doch erst dann zu Salbanga übergegangen ist, nachdem er durch das Pronunciamento von Porto triumphiert hatte.

Wie man weiß, wird Salbanga am 12. oder 13. in Lissabon erwartet. In einem aus dem Hauptquartier zu Porto erlassenen Schreiben erklärt er wiederholt seine Ergebenheit für die Königin Donna Maria, indem er auf die Nothwendigkeit hinweist, den Thron J. Majestät zu besetzen.

London, 16. Mai. [Industrie-Ausstellung.] Man erwartet in diesen Tagen die endliche Ankunft der durch den Eingang zurückgehaltenen russischen Schiffe, deren Ladungen eine bedeutende Lücke im Ausstellungsgebäude ausfüllen werden. Der unvollendete Zustand der Ausstellung selbst verhindert übrigens die englische Presse nicht, sich mit möglicher Ausführlichkeit auf die Details einzulassen und ohne das Bedürfnis eines Gesamtüberblicks zu fühlen, eine höchst einseitige Kritik auszuüben. So wenig ich mich mit dieser Kritik des englischen Standpunktes einverstanden erkläre, so werde ich mich doch später erlauben, Ihnen solche Auszüge mitzutheilen, welche Ihre Landesleute mit dem Urtheile des Auslandes bekannt zu machen geeignet sind. Vorläufig warne ich Sie vor den deutschen Aufsätzen des Morning Chronicle und der deutschen Ausgabe der Illustrated London News. Die letzteren sind überaus ungenügend und die zweiten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt aufgenommen, daß sie nicht gegen das englische Interesse geschrieben sind. Eine solche Monstrosität kann man sich nur dann erklären, wenn man weiß, daß die deutsche illustrierte Londoner Zeitung unter der autoritativen Redaktion eines störrischen Engländer steht. — Professor Cowper hat gestern den Studenten von Kings College die erste Vorlesung im Krystalpalast gehalten und die Konstruktion des Winkelfensters und mehrerer Maschinen erklärt. Die kgl. Kommissare sind mit diesem ersten Besuche äußerst zufrieden gewesen und wollen ihre Möglichstes thun, die Ausstellung für Unterrichtswecke in Aufnahme zu bringen. Viele Nationalitäten und andere Körperschaften haben sich bereits an die Kommissare gewendet, um für ihre Zöglinge u. s. w. Zutritt zu erhalten. Mit dieser Liberalität kontrastirt nicht wenig die beharrliche Verweigerung des freien Zutritts für die Aussteller selbst. Da dieser Zustand wirklich untragbar ist, haben die Aussteller gestern nochmals ein Meeting gehalten und eine ziemlich grobe Adresse an die Kommissare beschlossen. Das Meeting betrachtet mit Bedauern die von den Kommissaren gegen die Aussteller befolgte Politik und verlangt freien Zutritt für alle Aussteller. Trotz der großen Masse von Zuschauern und Konfabeln sind die Waaren vor den Thüren aller Nationen doch nicht sicher, und es muß als der höchste Grad von Ungerechtigkeit bezeichnet werden, daß die Aussteller selbst dann nicht einmal zugehen dürfen, wenn die Preisrichter ihre Waaren prüfen. In diesem Falle ist ihre Gegenwart um so nöthiger, als oft alle Beschreibungen nicht genügen, einen Mechanismus oder eine Erfindung zu verdeutlichen. — Während unter den französischen und englischen Preisrichtern die geistreichen Namen in Kunst, Wissenschaft und Industrie glänzen, suchen wir vergeblich nach einem deutschen Vertreter. Die welcher sich jenen Männern zur Seite zu stellen vermöchte. Die englischen Blätter fragen, ob sich unter den vielen geheimen Rätchen keine Stelle für einen Humboldt, Justus Liebig, Mit-scherlich, Rose u. s. w. gefunden hätte! Der Spott, welcher in dieser Frage liegt, ist leider nicht unwahrhaftig. — Je mehr nun die Kommissare mit den Ausstellern zu kämpfen haben, desto zufriedener sind sie mit dem schauenden Publikum, dessen anhaltender Besuch in der That ihre künftigen Erwartungen übertrifft. Gestern allein sind wieder 2430 Pfd. an den Thüren und mit dem Gerede für Saison-Billets zusammen 3,300 Pfd. eingenommen. — Mit dem Wetter erheitern sich allmählig auch die Physiognomien der Geschäftsleute. Am 20. d. M. werden die fremden Kommissare zu Richmond traktirt werden und gefest hat der berühmte Restaurateur Soper die „berühmtesten Literaten aller Nationen“ traktirt. Das Banquet muß, dem Speisestell nach zu schließen, einer großen Zahl englischer Schen und Schöpfe das Leben gekostet haben. Die deutsche Literatur war durch Zimmermann (aus Spandau, für Morning Chronicle), Dr. Scherer (Köln. Zeitung) und F. G. Wied aus Leipzig vertreten.

Belgien. Brüssel, 16. Mai. [Ministerkrise.] Seit gestern Abend zirkuliren Gerüchte über eine Ministerialkrise, welche anscheinend durch einen geringfügigen Umstand veranlaßt worden. Das Ministerium ist nämlich bei der Debatte des Gesetzes über Geschäftsstellen durch die Minorität gelitten, daß die Radikalen und Ultra-Linken sich der katholischen Opposition angeschlossen, so daß es in der Eidge mit 52 gegen 39 Stimmen in der Minorität blieb. Es müssen übrigens andere Gründe vorliegen, wenn das Kabinett dieser unbedeutenden Angelegenheit willen zurücktreten sollte. Wie das Belin C. B. meldet, ist in Berlin auf telegraphischem Wege die Nachricht eingetroffen, daß das gesamte belgische Ministerium wegen des Erbsenergesetzes seine Entlassung eingereicht habe.

Osmantisches Reich. ** Konstantinopel, 4. Mai. [Verchiedenes.] Während es nunmehr ausgemacht ist, daß die Internierung Kos-tuch's und seiner bedenklichen Genossen noch für unbestimmte Zeit fortdauern wird, naht sich die Internierung der in Aleppo befindlichen, zum Islam übergetretenen Flüchtlinge ihrem Ende, die in die Reihen der türkischen Armee eingereiht werden sollen. Mehrere derselben ist der Mischanorden verliehen worden. Für Amey und Guyon soll Sir Stratford Canning selbst diese Auszeichnung erbeten haben. Allgemein glaubt man, daß die freigelassenen christlichen Internierten nach Australien deportirt werden dürften. — Die türkische Flotte befindet sich jetzt in

einem Zustande gänzlicher Unbrauchbarkeit. Der von der türkischen Regierung zur Reorganisation derselben berufene Kapitän Stada hat fast sämtliche Fahrzeuge derselben der Reparatur unterworfen, so daß im Laufe dieses Jahres nur sehr wenige türkische Kriegsschiffe in die See stechen dürfen. Die Sache macht übrigens viel Aufsehen und der Divan hat eine Kommission zur Untersuchung derselben bestellt. — In dem Theater zu Pera brach plötzlich während der Vorstellung des „Mose“ von Rossini Feuer aus, welches bald gelöscht wurde, jedoch immerhin große Verheerungen hätte anrichten können, wenn nicht Hüfte zu rechter Zeit gekommen wäre. Das Uebel der Feuersbrünste grassirt hier überhaupt, wie gewöhnlich. Großes Interesse erregte daher ein Experiment, welches ein aus Paris angekommener Fremder, Namens Fernandez, in einem hiesigen Kaffeehaus veranstaltet hatte und welches darin bestand, durch Aufgießen einer Flüssigkeit auf eine hochlodende Flamme diese zu erlösen. Der Handelsminister hat den Unternehmer einladen lassen, und derselbe hat eine Probe bereits in dessen Gegenwart abgelegt.

Provincial-Beitung.

* Breslau, 19. Mai. [Eröffnung der Ministerpräsidenten-Freiherr von Manteuffel, welcher in Begleitung des General-Adjutanten, General-Lieutenant von Neumann, mit dem heutigen Frühzuge der nieder-schlesischen Eisenbahn hier eingetroffen war, wurde auf dem Perron des Bahnhofes durch den Herrn Oberpräsidenten von Schleinitz empfangen und nach dem königlichen Palais geleitet. Hierauf besuchte der Herr Minister-Präsident die Magdalenen-Kirche und die Universität, und begab sich dann nach dem Regierungsgebäude, woselbst er bei dem Herrn Ober-Präsidenten ein Diner einnahm.

Mit dem Nachmittagszuge der ober-schlesischen Eisenbahn erfolgte die Weiterreise nach Warschau. Herr v. Manteuffel hatte sich in Begleitung des Herrn Oberpräsidenten, Herr v. Neumann in der des Herrn General-Lieutenants von Lindheim auf dem Bahnhofe eingefunden. In einem neu erbauten Eisenbahn-Wagen reisten Beide von hier ab, um in Warschau zu übernachten und morgen Nachmittags in Warschau einzutreffen.

Der bayerische Ministerpräsident, Herr von der Pforden, kam mit dem gestrigen Frühzuge der nieder-schlesischen Eisenbahn hier an und reiste heute früh nach Warschau ab.

* Breslau, 19. Mai. [Militärisches.] Heute Mittag um 12 Uhr kam das 4te Bataillon des 11. Infanterie-Regiments aus der Provinz Posen hier an. Brigade-Chef v. Reizenstein holte dasselbe ein, und geleitete es durch die Rosenthaler Straße nach der Stadt.

* Breslau, 19. Mai. [Die Börsen-Spaltung.] In unserer Stadt dürfte einer baldigen Ausgleichung entgegenzusehen. Wie hören, daß in der letzten General-Versammlung der ausgeschiedenen jüdischen Kaufleute beschlossen wurde, die Vermittlungs-Vorschläge der Handelskammer im Wesentlichen anzunehmen. — Vorher verlangten jedoch die jüdischen Kaufleute von der recipierten Kaufmannschaft eine Erklärung bezüglich der Beschlässe vom 2. Mai, ferner die Zustimmung, der Bildung einer allgemeinen kaufmännischen Corporation nicht hinderlich in den Weg zu treten; endlich die Erklärung, daß die zeitliche Corporation ihren gewerblichen Charakter aufbehebe.

Diese Beschlässe sind durch ein Aufheben zur Kenntnis der Handelskammer gebracht und eine Präklusivfrist von 10 Tagen für deren Beantwortung gestellt worden.

* Breslau, 19. Mai. [Von der Universität.] Durch Anschläge am schwarzen Brett machen der Rektor und Senat darauf aufmerksam: 1) daß das Nachsehen auch ferner auf dem Korridor und in den Sälen nicht gestattet werden kann; 2) daß die Pedelle nicht verpflichtet sind, zur Nachtzeit in Sälen, wo Studenten ihre Erkennungskarten nicht bei sich führen, sie zu rekonfektiren; 3) daß die Vorlesungen bis zum 31. Mai angenommen werden müssen; 4) daß jede Wohnungsänderung bald beim Pedell angegeben werden, um eine genaue Reduktion des Studenten-Verzeichnisses möglich zu machen.

Die Liedertafel wird auch in diesem Sommer zusammen-treten.

* Breslau, 19. Mai. [General-Versammlung des Hilfsvereins.] Am 10. Mai fand die General-Versammlung des Hilfsvereins für den westlichen Theil des Schwebnitzer Anger-Bezirks statt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Justizrath Gräff, die anwesenden Mitglieder des Komitees des Hilfsvereins für den östlichen Theil desselben begrüßt, erläuterte derselbe den Bericht über die Thätigkeit des Vereins seit seinem zehnmonatlichen Bestehen. Nach diesem Bericht hat der Erfolg dieser Thätigkeit vollkommen den Erwartungen entsprochen, welche an die Gründung des Vereins sich knüpften. Der Hauptzweck des Vereins, solchen Bezirken beizustehen, welche in unverschuldeten Verfall ihrer Erwerbsquelle gerathen, die Möglichkeit zu gewähren, sich dieser durch eigene Kraft und Thätigkeit wieder zu erheben, war vollständig erreicht worden, indem es dem Komitee in allen diesen Fällen gelungen war, durch persönliche Verwendung und Unterstützung dem bedürftigen Arbeiter oder Unterkommen zu verschaffen. Gutsunterstützungen wurden vielfach zur Beseitigung momentaner Noth und Hilflosigkeit, aber dem Zwecke des Vereins gemäß nur in solchen Fällen gewährt, in denen die der Kommunal-Armenspflege gesetzlich obliegende Unterstützung entweder prinzipiell oder gar nicht, oder nur auf ungenügende Weise Abhilfe zu schaffen vermochte. Für Gutsunterstützungen des Bezirkes sind von dem Vereine in drei Fällen Bürgschaften für Darlehen aus dem Bürger-Rettungs-Institute im Gesamtbetrage von 70 Thaler übernommen worden. Der beträchtliche Theil der Ausgabe betraf die von dem Verein gegründete und am 18. Januar d. J. eröffnete, unter die spezielle Aufsicht eines aus fünf Damen und drei Herren bestehenden Vorstandes gestellte, Klein-Kinder-Bewahranstalt. Nahe an 70 Kinder finden in derselben von 7 bis 11 Uhr Morgens und in den Nachmittagsstunden von 1 bis 4 Uhr passende Beschäftigung und die erste Unterweisung unter der Leitung einer Vorsteherin und einer Gehilfin. Für 16 der ärmsten Freischüler des Bezirkes war eine Wohnabschließung veran-staltet und hierzu eine Summe von 20 Thaler verwendet worden.

Aus dem Berichte des Kassiers des Hilfsvereins, Herrn v. Weigel, geht hervor, daß sich die Einnahmen des Vereins vom 1. Juli 1850 bis ult. Juni d. J. auf 369 Thaler stellen, von denen bis zum 8. Mai bereits zu Gutsunterstützungen und Anschaffung nothwendiger Kleidungsstücke 52 Thlr., für Beih-nachgeschenke 20 Thlr., für Einrichtung und Erhaltung der Klein-Kinder-Bewahranstalt 82 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf. verwendet worden. Die bisherigen Mitglieder des leitenden Komitees, die Herren Stadtrichter Fick, Justizrath Gräff, Graf Hardeberg, Baumeister Klink, Stadtrath Pulvermacher, Kaufmann Schöngarth, Pfarrer Thiel, Gutbesitzer v. Weigel und Major v. Willich, wurden einstimmig wieder gewählt; an die Stelle des Herrn Oberst v. Heiter, welcher Breslau ver-las, trat Herr Generalmajor v. Bröske durch gleiche einstimmige Wahl.

Während die günstigen Resultate der Wirksamkeit des ersten Breslauer Bezirks-Hilfsvereins die Veranlassung zu einer Nach-folge in andern Stadttheilen werden.

* Breslau, 19. Mai. [Die schlesische Blinden-Anstalt.] Hat ihren 32. Jahresbericht (für das Jahr 1850) abge-fattet. Danach hatte sie zu den 40 Zöglingen, welche Ende 1849 theils in der Anstalt, theils außer derselben geblieben waren, im Laufe des Jahres 1850 noch 14 aufgenommen und im Laufe desselben Jahres 10 entlassen, so daß Ende 1850 44 zurückblieben, nämlich 29 männliche in der Anstalt, 3 außer derselben, und 12 weibliche. Ende 1850 erhielten 20 Zöglinge Schul-unterricht, 24 Musikunterricht und 24 erwachsene Arbeitsunterricht. Nach Ausweis der Rechnungen haben die Zöglinge gefertigt 164 1/2 D.-Ellen Tuchdecken, 1394 D.-Ellen Strobdeden, 191 Paar Wänderschuhe, 239 Stück Stuhlrohre mit Rohr, 1294 Strohheller, 1 Pfund Nese, 16 Stück Feuer-Löschheime, 27 Paar Socken, 47 Paar Strümpfe, 3 Gelbbeutel, 16 Kindermützen, 3 Kinderjacken, 12 Wickelbinden, 8 Nachtmützen, 17 Körbe zu resp. 1, 1/2, 1/4 und 1/8 Schüssel, 5 Wagenschnitten, 50 Zaspeln, 30 Zwiern, 4 Wiener Ritzchen, 65 Brodtschnecken, 4 Strähnen Garn, 6 Hofenträger. Hiervon, so wie von dem Ende 1849 zurückge-bliebenen Sachen wurden für 560 Rthlr. 16 Sgr. 3 Pf. ver-kaufte, wobei zu bemerken, daß Herr Kaufmann Berner, Dhe-lauerstraße Nr. 59, den Verkauf der Fabrikate und Bestellungen darauf übernommen hat.

Das Vermögen der Anstalt beträgt 46,214 Rthlr. 2 Sgr. und hat sich dasselbe seit 1849 um 1731 Rthlr. 7 Sgr. 2 Pf. ver-mehrt. Außerdem besitzt die Anstalt noch die Grundstücke Nr. 14 und 15 an der Kreuzkirche, welche mit 29,780 Rthlr. ver-ichert sind.

Die Einnahmen, darunter 653 Rthlr. stehende freiwillige Beiträge und 1720 Rthlr. Vermächtnisse betragen, einschließ-lich der eingezogenen Kapitalien (7975 Rthlr.) 16,511 Rthlr.; die Ausgaben einschließend in wieder ausgegebenen Kapitalien 14,924 Rthlr.

Nach dem Bericht reichen die vorhandenen Mittel noch lange nicht für das Bedürfnis aus. Denn sollte jeder bildungsfähige Blinde Schlesiens, wenigstens vom 12ten Jahre an Aufnahme und Ausbildung finden, so müßten, statt durchschnittlich 40, wenigstens 60 Zöglinge aufgenommen werden können. Dazu fehlt es nicht an Raum in der Anstalt, als an Mitteln. Ein zweiter Uebelstand ist es, daß kein Fonds vorhanden ist, um die Zög-linge nach ihrer Entlassung durch Unterstüßungen an baarem Gelde oder an Arbeitsmaterial in nahrungsfähigem Stande zu unterhalten. Es wird uns dabei das königliche Sachsen als Muster aufgestellt, wo für diesen Zweck in 7 Jahren ein Fonds von 7500 Rthlr. aufgebracht worden ist.

Die Lehrer und Beamten der Anstalt sind: Knie, Oberlehrer; Hofmann, Inspektor undendant; Kienel, Hilfslehrer für den wissenschaftlichen, Klaviers und Gesangs-Unterricht; Wegand Heumann, katholischer Religionslehrer; Großpisch, Mus-fiklehrer; Margs, Hafenslehrer; Fräulein Friedemann, Lehr-lerin der weiblichen Arbeiten; Herr Weinmeister Böhl, Lehrer der Handarbeiten für männliche Zöglinge.

* Breslau, 19. Mai. [Musik.] Am 17. Nachmittags 4 Uhr fand die zweite musikalische Unterhaltung zum Besten der Rosenberger Pfenningische im Musiksaal der Universität statt; auch diesmal war die Schlussnummer des Programms der Höhe-punkt der zu Gehör gebrachten Vorträge. Fräulein Konstanze Grüttnert spielte nämlich den ersten Satz des Amoll-Concerts von Hummel mit Begleitung des Streich-Quintetts, welchem noch eine Föste beigegeben worden war. Das Concert ist eine der schwierigsten Kompositionen Hummets und verlangt einen in den Geist des Werkes tief eingehenden Vortrag, sowie eine rapide Wir-tuosität. Waren beide Eigenschaften bei dieser Produktion auch grade nicht vorherrschaftend, so löste doch Fräul. Grüttnert ihre Aufgabe recht anerkennenswerthe Weise; ihr hübscher, klarer Anschlag, die Reinheit ihres Spiels, ein nicht selten munterer Vortrag traten auch heute vortheilhaft hervor, ebenso hatten wir Gelegenheit, uns diesmal über die richtige Anwendung des Pedals zu freuen. Mit dem einigemal stattgehabten auffallenden Tempowechsel können wir uns indes nicht einverstanden erklären; schon der Anfang des Solo's war, nachdem das Tutti im richtigen Allegro-Beizmaße gespielt worden, bei weitem zu langsam. Wir halten ein mo-mentanes Vorwärtsgen und Zurückhalten, je nachdem es der Inhalt der Komposition erfordert, zur geistigen Belebung des Vortrages für nothwendig, nur muß man darin nicht zu weit gehen. — Die geübte Spielerin erhielt reichen Beifall. Was die übrigen zu Gehör gebrachten Tonstücke anbelangt — — — Doch wir haben uns gefreut, daß auch diesmal der Saal recht gefüllt war und wünschen dasselbe für die dritte noch zu ge-bende Unterhaltung um des edlen Zweckes willen ebenfalls von Herzen. Adolph Hesse.

* Breslau, 19. Mai. [Die vierzig französischen Bergfänger, welche bereits bis auf neunundzwanzig zusam-mengeschmolzen sind, werden nächstens aus einem Busch abfah-ren. Diese Leute sind keineswegs sog. Naturfänger, sondern in einer Art Konservatorium zu Wigorre in den Ober-Pyrenäen ge-bildet; weshalb sie auch nicht bloß Nationallieder vortragen. Ihre äußeres Ansehen ist überhaupt ansehnlicher und origineller als ihre Gefänge, obwohl schöne frische Stimmen, namentlich gewaltige Basses sich unter ihnen befinden. Ihre Hauptforce besteht in dem Aufschwellen und Hinfierenlassen der Accorde, wenn gleich sich dabei viel Manier zeigt. Es ist, als ob der Schlusaccord in seinen verschiedenen Brechungen der einzelnen Stimmen, von dem Hand einer gewaltigen Accordsacke durch die Lüste getragen wür-de. Die Sänger geben gegenwärtig zu Posen im dortigen Odium Konzerte, welche sehr großen Anklang finden.

* Breslau, 19. Mai. [Betriebs- und Aussteuer-Anstalt.] Gestern Nachmittag versammelten sich die hiesigen Interessenten der in Berlin bestehenden Betriebs- und Aussteuer-Anstalt für den Handels- und Handwerkerstand im Café restaurant, um über die Maßnahmen zu beraten, die wegen der zwischen dem neuen und alten Direktorium ausgebrochenen Konflikte zu ergreifen wären. Es wurden die Beschlässe geprüft, einen Rekrutierungsplan zu ziehen, ob unter den obwaltenden, wenig Vertrauen erregenden Umständen die bereits eingekaufte Prämien mit Erfolg zurückverlangt werden könn-ten, da überhaupt diese Anstalt von der Regierung noch gar nicht be-fähigt ist. Außerdem gegen die Drohung des Anrechtsverlustes an geeigneter Stelle Protest zu erheben, falls bei der jetzigen Sachlage wo jedes dieser Direktorien sich für das richtige ausgibt, die Prämien-zahlungen bis nach ausgemachter Sache verweigert würden.

* Breslau, 19. Mai. [Feuer.] Am 16. d. M. brach Abends 10 Uhr, vermutlich von der Freigärtnerei Kuffschmidt's Stelle ausgehend, auf dem Dominium Gimmel, Kreis Dinkau, Feuer aus, das mit solcher Heftigkeit um sich griff, daß noch der größten Anstrengungen der anwesenden Löschmannschaften der größte Theil der Wirtschaftsgebäude ein Raub der Flammen ge-worden ist.

□ Ratibor, 18. Mai. [Nachtrag.] Meinen gestrigen Bericht über den Empfang Sr. Majestät des Königs in Randzin bin ich um Einiges zu vervollständigen im Stande. Der König begrüßte beim Aussteigen zuerst den General v. Linskind mit den Worten: „Guten Tag mein lieber General!“ und auf die Ansprache des Landraths Simi erwiderten Sr. Maj-estät etwa Folgendes: „Ich danke meinem Volke und freue mich sehr, daß ich in Schlesien auf dem platten Lande mit dieser aus-ten Genuß empfangen werde und wünsche nur in allen Städten und Kreisen so wie hier, mit solcher Genuß und Liebe zu mir empfangen zu sein.“ — Hier hat man die fest-zuversicht, Se. Majestät der König werde den Kaiser von Rußland nach Dalmat begleiten und so Ratibor passieren. Die gestern hier verbreitete gemessene Nachricht, der Kaiser von

